Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Expeditionsstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter d. Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 291. Donnerstag den 18. October 1877. 71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Jahreszinsen der zur Unterstützung für ältere Jungfrauen in Leipzig, welche ihren Lebensunterhalt durch Nähen, Sticken, Stricken und sonstige dergleichen weibliche Handarbeiten erwerben oder früher erworben haben, aber in Folge von Krankheit, Alters- oder Augen-Schwäche völlig arbeitsunfähig oder auch nur minder arbeitsfähig geworden sind, bestimmten **Louisenstiftung** sollen demnächst von uns vertheilt werden und fordern wir nach vorstehenden Stiftungsbestimmungen geeignete Bewerberinnen hierdurch auf, ihre bezüglichen Gesuche **bis zum 28. October d. J.** bei uns (Rathhaus, 1 Treppe, Zimmer Nr. 7) einzureichen.

Leipzig, am 12. October 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Meyerschmidt.

Bekanntmachung.

Von den am 25. August d. J. zur Versteigerung gebrachten **drei Bauplätzen Nr. 17, 18, 26** des **Parcellirungsplanes** für das **links** der **Waldstraße** gelegene **Bauareal** ist der Bauplatz Nr. 17 an der Auenstraße für das darauf gethane einzige Gebot zugeschlagen, dagegen der Zuschlag der beiden anderen Bauplätze für die darauf gethanen Gebote abgelehnt worden und es werden daher die Bieter hiermit derselben in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen entlassen.

Leipzig, den 16. October 1877.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Wegen Reinigung bleiben die Expeditionslocale des Standesamtes **Donnerstag, den 18.** und **Freitag, den 19. d. M.** von Mittags 12 Uhr an geschlossen.

Leipzig, den 15. October 1877.

Das K. S. Standesamt.
Director Julius Burckhardt.

Leipzig, 17. October.

Das **Wahlergebniß in Frankreich** hat nach keiner Seite hin einen überwältigenden Erfolg gebracht: die Republikaner haben gesiegt, aber auch die Regierungsleute haben Fortschritte erzielt, sie haben Bresche in die Reihen der Republikaner geschossen. In der Hauptsache hat sich die unsichere Lage, wie sie vor den Wahlen war, nicht geklärt; der Kampf zwischen Republik und klerikaler Monarchie ist nicht ausgefochten. Daher gehen denn auch die Deutungen des Wahlresultats und die Vermuthungen über Das, was nun werden soll, weit auseinander.

Die „Berliner autographirte Correspondenz" findet bei Abwägung des Resultates, daß die Waage sich mehr zu Gunsten des Marschalls neige:

Daß nach diesem relativen Erfolge der Marschall Mac Mahon sich durch irgend ein Votum der geschwächten Majorität zum Entschlusse des Rücktritts von seinem Posten bewegen lassen wird, zu welchem er dem Votum einer stärkeren Majorität gegenüber keinen Anlaß zu haben erklärte, wird wohl im Ernste Niemand glauben. Das „j'y suis et j'y reste" wird nach wie vor die Devise des Marschalls Mac Mahon sein. Die neugewählte Deputirtenkammer wird sich die Frage vorzulegen haben, was sie unter solchen Umständen zu thun habe. Sie kann, gleich der aufgelösten Kammer, dem vom Marschall Mac Mahon ernannten Ministerium ein Mißtrauensvotum ertheilen und den Eintritt in die Berathung des Budgets ablehnen; dann würde der Marschall Mac Mahon vor der Alternative stehen, seine Minister zu wechseln oder eine „budgetlose Regierung" zu führen. Es ist aber die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Marschall Mac Mahon durch einen Wechsel oder durch eine Modification des Ministeriums von der bereits durch die Wahlen geschwächten republikanischen Majorität, die ja durchaus keine geschlossene Partei, sondern einen ad hoc geschlossenen Bund verschiedener in ihren sonstigen Anschauungen weit auseinander gehender Parteien darstellt, die conservativeren Elemente abzulösen und zu sich hinüberzuziehen sucht, indem er den Vertrauensmännern derselben Posten in seinem Ministerium einräumt. Die Frage, die sich dabei erhebt, ist jedoch die, ob dann die Parteien, welche den Marschall Mac Mahon in seine gegenwärtige Position gedrängt haben, damit er keine andere Wahl habe, als sich zum Werkzeug ihrer auf den Sturz der Republik gerichteten Pläne zu machen, bei einer solchen Wendung, welche sie um die Früchte ihrer Anstrengungen zu bringen droht, fortfahren werden, die Regierung des Marschalls Mac Mahon zu unterstützen. Marschall Mac Mahon könnte bei dem Versuch, sich auf die „mittleren Parteien" zu stützen, sich leicht zwischen zwei Stühle setzen. Was aber auch immer geschehen möge, das Eine wird sich nicht ereignen lassen, daß die innere Lage Frankreichs sich beruhigt. Das Mißtrauen der Republikaner gegen die Absichten der Gegner der Republik und die ihnen Vorschub leistenden Anschauungen des Marschall-Präsidenten wird nicht schwinden. Eine Entscheidung haben die Wahlen des 14. October nicht herbeigeführt. Die Zukunft Frankreichs bleibt dunkel und verhüllt und damit zugleich ein Gegenstand der ernstesten Aufmerksamkeit und Sorge für das gesammte übrige Europa.

Die „Nat.-Lib. Correspondenz" hält den Sieg der Republikaner für sehr bedeutend:

Die Republikaner hatten in diesem Wahlkampfe keineswegs die günstigere Position. Wie arg immer die einzelnen monarchistischen Parteien durch die Vergangenheit discreditirt seien, immerhin war die Coalition im Besitze der Gewalt, immerhin hatten sie an ihrer Spitze ein Staatsoberhaupt, welches noch auf 8 Jahre hinaus in seiner Stellung verfassungsmäßig gesichert ist. Es kam hinzu, daß auf der republikanischen Seite gerade derjenige Mann, der in den Augen des Volkes als die verkörperte Garantie einer stetigen Staatsentwickelung gelten konnte, der, selbst ein Republikaner aus Zweckmäßigkeitsgründen, nicht aus Neigung, Unzählige zu der gleichen Auffassung bekehrt hatte, plötzlich hinweggerafft wurde, ohne auch nur entfernt ersetzt werden zu können. Wurde unter solchen Umständen das französische Volk vor die Frage gestellt, in welchem von den beiden großen Gegensätzen es die bessere Gewähr für Ruhe und Wohlfahrt erblicke, so kann es, bei seinem notorischen Respect vor der staatlichen Gewalt, nur Wunder nehmen, daß nicht mehr Wahlkreise, als dies thatsächlich der Fall gewesen, der republikanischen Partei untreu gewesen sind. Unter diesem Gesichtspuncte betrachtet, hat die Thatsache, daß die Republikaner auch in dem neuen Abgeordnetenhause eine große Mehrheit besitzen werden, für die Coalition vom 16. Mai eine geradezu erdrückende Bedeutung. Unrichtig wäre es, zu sagen, die große Mehrheit der französischen Bevölkerung sei im Herzen republikanisch geworden; aber unzweifelhaft ist jetzt, daß sie, entsprechend dem Glaubensbekenntniß Thiers', in der republikanischen Verfassung die alleinige Möglichkeit erblickt, endlich wieder zu dauernden Staatszuständen zu gelangen. Daß die geschlagene Coalition dies Votum des Landes nicht zu respectiren gedenkt, hat sie im voraus unzweideutig genug erklärt. Sie wird sich durch den ihr gewordenen Zuwachs dazu nur um so mehr berechtigt erklären. In welcher Weise sie weiter zu operiren gedenkt, ist noch ihr Geheimniß. Der einzige loyale Weg, abermalige Auflösung der Deputirtenkammer und abermalige Neuwahl, wäre offenbar von zweifelhaftem Nutzen. Warten wir indeß Weiteres ab. Was uns in Deutschland einstweilen am meisten angeht, ist die Frage, was das Wahlresultat für die auswärtigen Beziehungen Frankreichs zu bedeuten hat. Die europäische Presse hat seit dem 16. Mai rückhaltlos erklärt, daß ein Sieg der klerikal-monarchistischen Coalition am letzten Ende den Krieg Frankreichs mit Deutschland und Italien bedeute. Trotz aller Vertuschungs- und Ableugnungsversuche der Regierung hat das französische Volk die Sachlage genau in derselben Weise aufgefaßt und durch seine Entscheidung energisch dagegen protestirt, Frankreich zum Landsknecht des Vaticans werden zu lassen. Insofern hat das Wahlergebniß in Bezug auf den europäischen Frieden an sich eine beruhigende Bedeutung. Leider wird dieselbe wesentlich abgeschwächt durch den Umstand, daß durch die Entscheidung nichts Definitives entschieden ist. Frankreich wird auch ferner der Gegenstand der gespanntesten Beobachtung für Europa bleiben.

Die „Volksztg." preist den Sieg der demokratischen Sache, der sich in dem Triumph der französischen Republikaner bekunde:

In diesen Tagen werden die Politiker Gelegenheit haben, wiederum zu lernen, was das gefürchtete und als staatsgefährlich verschriene, allgemeine gleiche, directe und geheime Wahlrecht für ein Land zu bedeuten hat, wo die Heftigkeit des Parteiwesens in den höheren Classen der Gesellschaft fast keinen anderen Ausweg übrig ließe, als die Revolution oder den Staatsstreich. Das Eine ist wohl sicher, daß die Stimme der französischen Nation entscheidend für beide Parteien sein wird; oder mit anderen Worten gesagt: die Wahlen werden ebenso die Radicalen abschrecken von jeder Revolution, wie die Conservativen von jedem Staatsstreich. Welche von beiden Parteien sich des Ergebnisses zu erfreuen haben wird, das ist für jetzt zweifelhaft; aber den Respect vor der Stimme des Volkes wird keine aus den Augen zu setzen wagen.

Dagegen heben andere Berliner Blätter die Halbheit des Ergebnisses hervor. Die „Nat.-Ztg." sagt:

Ein englischer Beobachter will bemerkt haben, daß man in Berlin den Gang und Ausfall der französischen Wahlen mit einem Interesse verfolge, als handele es sich um eigene Angelegenheiten. Die Wechselbeziehungen, die zwischen den zwei Nationen im Guten und Schlimmen herrschen, machen das auch in der That sehr erklärlich. Was die diesmaligen Wahlen charakterisirt, ist aber, daß sie Nichts lösen, Nichts entscheiden und die Fragen nahezu da lassen, wo sie vor den Wahlen standen.

Und die „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt:

Die ziffermäßigen Daten ergeben, daß beide Parteien sich in ihren Erwartungen zu weit vorgewagt. Weder hat sich die von den Regierungsorganen affectirte Siegeszuversicht bewahrheitet, noch das Vertrauen der Republikaner auf einen noch eclatanteren Triumph ihrer Sache, als ihn die vorjährige Abstimmung brachte. Nicht nur, daß die Verstärkung der republikanischen Phalanx auf vierhundert Deputirte ein frommer Wunsch Gambetta's geblieben; es ist nicht einmal gelungen, die vielberufenen „363" Mandate zu behaupten, sondern die Anhänger des Ministeriums haben auf Kosten der Opposition an Deputirtensitzen gewonnen. Ist somit auch der absolute Erfolg den Republikanern verblieben, so können sich doch die Conservativen mit dem relativen Erfolge trösten und werden nicht ermangeln, ihn vor den Augen der Welt nach Kräften herauszustaffiren. Und freilich bedarf er der künstlichen Nachhülfe in hohem Grade, wenn man bedenkt, wie geringfügig, trotz Anspannung der letzten Kräfte, das Erreichte ist. Retrospective Betrachtungen sind indeß nicht Sache des die Fäden der Wahlintrigue leitenden Regisseurs, Herrn de Fourtou, dessen Zuversicht, durch den für eigene Rechnung davongetragenen Wahlsieg ermuthigt, kaum lange zögern dürfte, aus der vorgestern bewirkten neuen Parteigruppirung mancherlei überraschende Nutzanwendung zu ziehen. Bevor eine weitergehende Klärung der am Sonntag in Frankreich geschaffenen Situation eingetreten sein wird, lassen sich über die voraussichtlichen Schritte, welche von den beiderseitigen Parteiführern beliebt werden mögen, natürlich nur Combinationen aufstellen, und rechnen wir dazu unter anderen auch die Vermuthung, daß die Partei des Elysee versöhnliche Saiten aufzuziehen geneigt sein dürfte.

Die „Köln. Ztg." theilt zwei Stimmen über die Wahlen mit; in der einen heißt es:

Rein vernünftig betrachtet, mit Rücksicht auf den ungeheuren Druck, unter dem sie vor sich gegangen, stellen die Wahlen einen Sieg der republikanischen Idee dar. Alles, was fest und selbstständig politisch denkt, hat gegen den 16. Mai und gegen die Manifeste der Regierung protestirt. Gambetta hätte sich die Prahlerei von den 400 sparen können; daß 320 Republikaner wiederkommen, trotz aller Mittel, trotz allen Druckes, trotz aller Vergewaltigung und aller officiösen Herabsetzung, ist genug; der Wille des Landes ist damit deutlich ausgesprochen. Es fragt sich nun aber, wie die Regierenden und insonderheit wie der Präsident Mac Mahon die Antwort Frankreichs auffaßt. So viel man hört, ist man in den conservativen Kreisen, welche den Marschall umgeben, eifrigst bemüht, die 40 Stimmen, welche die Conservativen gewonnen, als einen großen Sieg der guten Sache darzustellen. Die Minister wollen am Ruder bleiben und die klerikale Partei giebt sich alle Mühe, ihr Verlieren als „möglich und geboten" darzustellen. Jedenfalls sollen die Minister ihre Posten behalten, bis die Generalrathswahlen vorüber sind — und schon sind heute diese Generalrathswahlen auf den 4. November ausgeschrieben! Broglie und Fourtou wollen die Generalräthe noch unter ihrer Leitung erneuern lassen; denn wenn die Kammer zusammentritt, dürfte die Unhaltbarkeit des jetzigen Cabinets sich so klar herausstellen, daß ein anderes an seine Stelle tritt, und dieses neue Ministerium wird man versuchen zu einem sogenannten Versöhnungs-Ministerium zu gestalten, d. h. es soll so farblos wie möglich sein, um den conservativen Präfecten ihr Amt und der Camarilla ihre Gewalt zu lassen. Das ist in seinen Umrissen der conservative Plan für die nächste Zukunft. Ob er möglich ist, muß sich zeigen. Die Linke, die auch ein Wort dabei mitzusprechen hat, wartet noch auf die Entwickelung der Dinge, um ihre Stellung zu nehmen.

Ein anderer Correspondent der „Köln. Ztg." sagt:

Das Ergebniß der Wahlen hat weder die Regierung befriedigt, die ihre voraus vom Minister des Innern angekündigten 260 Stimmen nicht erzielte und noch immer eine überwältigende Mehrheit in der Deputirtenkammer gegen sich haben wird, noch die Republikaner, die einen Theil ihrer Sitze verloren, anstatt 40 bis 60 neue zu gewinnen, noch die Bonapartisten, welche wüthend sind, daß einige ihrer „besten" Leute auf dem Kampfplatze blieben, noch die Klerikalen und Royalisten, die sich zwar freuen, daß der größte Theil der Niederlagen der Republikaner ihnen zu statten komme und die Bonapartisten in der nächsten Kammer weniger zahlreich sein werden, als sie bisher waren, die aber unmuthig sind, daß die zahlreichen Gebet-, welche sie neun Tage hindurch auf Befehl des Unfehlbaren gen Himmel sandten, keine bessere Wirkung hatten und die republikanische Mehrheit nicht mit einem Schlage vernichtet wurde. Wenn die Regierungsblätter, die klerikalen sowohl als die bonapartistischen, die Wahrheit sagen, so betrachtet das Elysée den Ausgang des gestrigen Wahlkampfes als eine Aufmunterung, auf der betretenen Bahn fortzuschreiten und der neuen Deputirtenkammer entschlossen die Spitze zu bieten. Diese Ansicht vertritt nicht allein der „Monde", das Organ des päpstlichen Nuntius, sondern auch das bonapartistische „Pays", das verlangt, daß man mit aller Gewaltthätigkeit vorgehe, sowie der Broglie'sche „Français", welcher den Widerstand mehr denn je fortgesetzt haben will, und die Dupanloup'sche „Défense", welche erklärt, daß „die Gefahr groß sei", aber hofft, „daß der Marschall seiner Mission nicht untreu werde, und sich der ihm vom Lande zu Theil gewordenen Aufmunterung würdig zeigen werde."

Der Kaiser hat das Entlassungsgesuch des Grafen **Eulenburg ablehnend** beantwortet; hiermit ist dieser Theil der Ministerkrisis vorläufig erledigt. Wie die „N. A. Z." meldet, ist dem Minister des Innern nur ein längerer — wie es heißt, ein viermonatlicher — Urlaub bewilligt und der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten Dr. Friedenthal mit seiner Vertretung beauftragt worden. Nach der Auffassung der „Kreuzzeitung" würde die Sache mit dieser Entscheidung keineswegs als endgültig beigelegt zu betrachten sein. Was das einstweilen vorliegende positive Resultat anlangt, so ist es auf alle Fälle sehr zu bedauern, daß der Minister des Innern mitten in dem großen Werke der Verwaltungsreform und gerade am Beginn einer Landtagssession durch seinen Gesundheitszustand zu einer längeren Unterbrechung seiner Thätigkeit gezwungen wird. Die Person des Stellvertreters, dessen Verdienste um die Kreisordnung noch sehr wohl in Erinnerung sind, kann freilich geeignet erscheinen, gewissen Hoffnungen, welche im Anschluß an das Eulenburg'sche Entlassungsgesuch von reactionärer Seite ziemlich unverblümt ausgesprochen worden sind, die Spitze abzubrechen; allein, es kann unmöglich erwartet werden, daß Herr Friedenthal, dessen große Arbeitskraft bisher durch die zahlreichen, überaus wichtigen Aufgaben des von ihm mit so viel Glück geleiteten landwirthschaftlichen Ministeriums absorbirt wurde, sich nunmehr auch noch den genannten Reformarbeiten im Ministerium des Innern mit der ganzen für dieselben erforderlichen Hingebung widmen könne. Die kaum zu vermeidende Folge des nunmehrigen Zustandes wird also sein, daß die Verwaltungsreform, obgleich sie nach officiösen Versicherungen „Schritt vor Schritt" weitergeführt werden soll, thatsächlich ins Stocken geräth.

Zu dem Entlassungsgesuch des Grafen Eulenburg war in verschiedenen Blättern behauptet, ein früherer Antrag des Fürsten Bismarck auf Enthebung des Grafen Eulenburg sei seinerzeit vom König abgelehnt worden. Hierzu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.": „In Regierungskreisen ist von einem solchen Vorgang oder Aehnlichem nicht das Mindeste bekannt. Die Mittheilung beruht auch insofern auf einer entschiedenen Verkennung der Verhältnisse, als die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Ministern stets herzlich gewesen sind, daß es, um den Rücktritt des Grafen Eulenburg herbeizuführen, eines Antrags bei dem König nicht bedurft hätte. Auch jetzt liegen die Dinge so, daß ein Ausscheiden des Grafen Eulenburg ganz gewiß ohne jede Bitterkeit und ohne Lösung der freundschaftlichen Beziehungen zum Fürsten Bismarck erfolgen würde. Die Zeitungen tragen in die Erörterung der Sache persönliche Gesichtspuncte hinein, welche den Betheiligten völlig fremd sind."

Die „Magdeb. Ztg." berichtet von einem anderen Theil der Ministerkrisis und sagt über den Rücktritt des Marineministers Stosch: „Daß General von Stosch die längste Zeit in seiner gegenwärtigen Stellung gewesen sein wird, wurde schon gemeldet. Es ist nicht möglich gewesen, die Differenzen auszugleichen, die zwischen ihm und dem Reichskanzler während der letzten Reichstagssession aufgetreten waren, und weil deshalb ein ersprießliches Zusammenwirken nicht zu erreichen ist, so ergiebt sich der Rücktritt des Herrn von Stosch als Nothwendigkeit. Durch die Zurückversetzung zur Armee an die Spitze eines Armeecorps wird einem alten Wunsche des Chefs der Admiralität genügt. Man nimmt an, daß Herr von Stosch bis zur nächsten Reichstagssession in die ihm zugedachte neue Stelle eingetreten sein wird. Seit dem Conflict mit dem Fürsten von Bismarck im vorigen Winter sahen sich die beiden Männer niemals, und absichtlich vermied es Herr v. Stosch, einem Ministerrathe beizuwohnen, wenn demselben der Fürst von Bismarck präsidirte. Durch den Rücktritt des Staatsministers von Stosch von der Marineverwaltung wird Beziehungen ein Ende gemacht, die sich geradezu zu einer Unerträglichkeit zugespitzt hatten."

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 17. October.

Wie der „Reichsanzeiger" mittheilt, ist in zahlreichen Exemplaren dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten aus verschiedenen Orten der Provinz Westfalen und der Rheinprovinz eine **Beschwerde** über Anordnungen der Staatsregierung auf dem Gebiete des **Unterrichtswesens** zugegangen. Hierauf hat der Minister Dr. Falk einen Bescheid ergehen lassen, worin es heißt: „Entschieden zurückweisen muß ich den aus der Beschwerdeschrift zu entnehmenden Vorwurf, als sei durch die Anordnungen der Staatsregierung die den katholischen Staatsbürgern zustehende volle freie Ausübung ihrer Religion gefährdet. Eine solche Religionsübung bildet allerdings ein verfassungsmäßig anerkanntes Recht. Dasselbe kann aber nur gemäß der Rechtsordnung des Staates geübt werden. Diese Rechtsordnung müssen auch die Organe der römisch-katholischen Kirche, insbesondere auch die Geistlichen und Bischöfe anerkennen und befolgen. Sobald dieser unabänderliche Grundsatz auch unter den katholischen Einwohnern immer mehr zur richtigen Erkenntniß und Anwendung gelangt, wird eine Uebereinstimmung über die Entscheidung der einzelnen Streitpuncte auch auf dem Gebiete des Unterrichtswesens sich viel leichter herstellen lassen, als dies zu meinem eigenen Bedauern bisher der Fall gewesen ist".

SLUB
Wir führen Wissen.